

"Steiniger Weg zur Zollunion" in Der Volkswirt (27. Oktober 1956)

Quelle: Der Volkswirt. Wirtschafts- und Finanzzeitung. 27.10.1956, n° 431. Frankfurt/Main. "Steiniger Weg zur Zollunion", p. 3-4.

Urheberrecht: (c) Der Volkswirt

URL:

http://www.cvce.eu/obj/steiniger_weg_zur_zollunion_in_der_volkswirt_27_oktober_1956-de-ced2477e-9ba6-43c5-974c-2de76c962311.html



Publication date: 05/11/2015

Steiniger Weg zur Zollunion

Fast hatte in den letzten Wochen und Monaten der lebhafteste Eifer rund um die westeuropäische Zollunion einen vergessen lassen können, daß dieses Projekt bisher nicht weiter als bis zu einer groben Skizze gediehen ist, einer Skizze überdies, in der die heiklen Ecken sorgfältig ausgespart worden sind. Gewiß, die Politiker sind Feuer und Flamme. Was das Eis in einigen Hauptstädten gebrochen haben mag, kann man ahnen. Sowohl politische als auch wirtschaftliche Motive sind die Triebfedern eines überraschenden Gesinnungswandels in London und Paris gewesen. Dieses Westeuropa hat sich in den vergangenen Jahren in stürmischer Expansion entwickelt. Nach menschlichem Ermessen ist es einer der zukunftsreichsten Märkte. Nicht mehr wie ehemals startt jedermann gebannt auf den amerikanischen Markt, sondern man besinnt sich auf die großen Möglichkeiten im eigenen Raum. Besonders den Briten ist schmerzlich bewußt geworden, daß alle schönen Präferenzen im Commonwealth nichts nutzen, wenn dieser Markt nicht wächst, wenn sich seine Aufnahmefähigkeit nicht steigert. Schwere Rückschläge hat die britische Industrie in Australien und Neuseeland einstecken müssen, während der kontinentaleuropäische Markt vor der Tür liegt, kaufkraftstark, jedoch von britischer Seite etwas vernachlässigt.

Den Eifer, mit dem die Politiker ans Werk gegangen sind, darf man schätzen. Jedoch um sich ein Bild davon zu machen, wieviel Steine noch aus dem Weg zu räumen sind, wieviel Schwierigkeiten auszufechten bleiben, Schwierigkeiten, die bisher kaum wohl angesprochen worden sind, dazu muß man die Wirtschaftler fragen. In Paris hatten vergangenes Wochenende wieder die Außenminister das Wort. Sie waren mit den Instruktionen ihrer wirtschaftlichen Experten gekommen. Und dabei wohl hat es manche Enttäuschung gegeben. Es war ein Treffen, dem viel Publizität erspart blieb, weil es über Fortschritte nichts zu berichten gab. In der Tat, wer sich umhört, in Amsterdam, London, Paris oder Bonn, der hört zwar viele Lobeslieder auf die Zollunion singen, doch leider nach ganz verschiedenen Melodien.

Von den Briten weiß man, daß sie ihren Anschluß in Form einer Freihandelszone davon abhängig machen, daß die Landwirtschaft praktisch ausgenommen bleiben soll. Es gibt niemand, der für diesen Wunsch, der sich mit Rücksicht auf das Commonwealth stellt, nicht Verständnis hätte. Aber bestimmt macht diese Ausnahme auf der anderen Seite die Zollunion nicht sehr anziehungskräftig für Länder wie die Niederlande, Frankreich und Italien. Diese Länder werden ihre Teilnahme nicht zuletzt vom Einschluß der Landwirtschaft abhängig machen, wie übrigens im Spaak-Bericht seinerzeit dringend empfohlen wurde: „Man kann sich die Errichtung eines gemeinsamen Marktes nicht ohne die Landwirtschaft vorstellen“, so hatten es die Experten ursprünglich konzipiert. „Die Landwirtschaft ist einer der Sektoren, wo die Verbesserung der Produktivität aus dem gemeinsamen Markt — durch Verbreiterung der Absatzmärkte und zugleich durch Spezialisierung der Erzeugung — den stärksten Effekt haben könnte.“

Im Gegensatz zur britischen Regierung hat die französische Regierung vor einiger Zeit den Beschluß gefaßt, die überseeischen Gebiete mit in die Zollunion hineinzunehmen. Mit Belgien, wo sich gleiche Probleme stellen, hat man über eine Formel beraten, nach der man diese Einbeziehung der unterentwickelten überseeischen Territorien den Mitgliedern der Zollunion vorschlagen soll. Die Franzosen verlockt es, für die kolonialen Erzeugnisse in Europa einen breiteren Markt zu finden, eine Chance, die man gern ergreift, stünde dem aber nicht entgegen, daß diese überseeischen Gebiete ihrerseits nun den europäischen Partnern geöffnet werden. Nicht allein die französische Industrie bangt um diese geschützten Absatzmärkte, sondern dort selbst sind junge Industrien im Entstehen, auf die das Mutterland Rücksicht nehmen muß.

Wie die Briten, so müssen die Franzosen ihren Freunden in den überseeischen Gebieten den Anschluß an eine Zollunion schmackhaft machen, die Franzosen allerdings nicht nur den Anschluß des Mutterlandes, sondern auch den Anschluß dieser Gebiete selbst. Als Macmillan im September in Washington den Ministern des Commonwealth die Vorteile der europäischen Zollunion nahezubringen versuchte, hat er die Kapitalkraft dieses vereinigten Europas nachdrücklich gerühmt. Was England nicht zu schaffen vermag, nämlich das für die wirtschaftliche Entwicklung der überseeischen Gebiete notwendige Kapital bereitzustellen, dafür werden sich wahrscheinlich größere Möglichkeiten finden, wenn erst die europäischen Staaten ihre Wirtschaftskraft vereinigen.

Ähnliche Überlegungen haben bei den Franzosen eine Rolle gespielt. Die jetzige französische

Kapitalausfuhr reicht bei weitem nicht aus, die Länder der Franken-Zone in dem Tempo wirtschaftlich zu entwickeln, wie es in deren und im eigenen Interesse Frankreichs liegt. Mindestens müßte diese Kapitalausfuhr verdoppelt werden, sagen die Experten. In Verhandlungen mit Belgien hat man sich auf Grund dieser Überlegungen auf die Formel geeinigt, daß man den übrigen Mitgliedern dieser Zollunion ein Tauschgeschäft vorschlagen sollte: Man erklärt sich bereit, die bestehenden Präferenzen Zug um Zug abzubauen und also diese Märkte den Partnern zu öffnen, die ihrerseits die Verpflichtung übernehmen, einen Teil ihrer Kapitalausfuhr in diese französischen und belgischen Gebiete zu leiten, um dort eine schnellere wirtschaftliche Entwicklung sicherzustellen.

Es wäre durchaus denkbar, daß nicht nur die Politiker, sondern ebenso die Wirtschaftspolitiker in den übrigen Teilnehmerstaaten sich für ein solches Tauschgeschäft erwärmen. Über den Investitionsfonds, der geplant ist, könnte man den Strom dieser Kapitalausfuhr leiten. Viel schwieriger wird es, sich den weiteren französischen Vorbehalten zu beugen, Vorbehalten, die an den Fundamenten der Zollunion rütteln. Wenn Frankreich zur Bedingung macht, daß zunächst der Algerienkrieg ein Ende finden muß, ehe das Experiment beginnen darf, so wird man dafür Verständnis aufbringen. Daß die Franzosen in diesem Binnenmarkt aber nicht auf ihr System der Exporthilfen und nicht auf ihre Einfuhrsteuern verzichten wollen, ist schon weit mehr als nur ein Schönheitsfehler. Die Forderung auf Harmonisierung der sozialen Lasten ist nicht neu. Nur die Aussichten, daß man sich jemals darüber verständigen wird, sind heute so gering wie vor einem Jahr. Außerdem gefällt es den Franzosen nicht, sich gleich von Anfang bis Ende der Prozedur zu binden. Alle paar Jahre wollen sie Entscheidungsfreiheit haben. Für den Fall von Zahlungsbilanzstörungen beanspruchen sie das Recht auf Einfuhrrestriktion.

Begreiflicherweise stößt solche Vielfalt der Wünsche im Kreise der übrigen Teilnehmer nicht auf Gegenliebe. Soll die Zollunion nicht zur Farce werden, müssen mit den Zöllen auch die Schranken der Devisenbewirtschaftung verschwinden. Und wie man nicht neue Zölle aufrichten darf, so muß auch dem Protektionismus in Gestalt der Devisenbewirtschaftung ein für allemal jegliches Hintertürchen verschlossen sein. Immerhin macht uns das französische Verlangen auf eine bedenkliche Schwäche in den bisherigen Plänen für eine Zollunion aufmerksam. Von einem Verzicht auf autonome Währungspolitik ist bisher keine Rede gewesen. So werden in jedem Lande Löhne und Preise vielleicht manchmal eigene Wege gehen. Vor der Möglichkeit von Zahlungsbilanzstörungen kann man auf keinen Fall die Augen schließen. Ein Freibrief für Restriktionen wäre die schlechteste Lösung. Welche Lösung sonst aber bietet sich, solange die Währungspolitik autonom bleibt? Was wir im Augenblick auf der Ebene der Europäischen Zahlungsunion erleben, könnte sich im Reiche der Zollunion genauso ereignen, extreme Gläubiger einerseits, extreme Schuldner andererseits.

Man tut also gut daran, trotz der offensichtlichen Liebe der Politiker zur Zollunion die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht zu unterschätzen. In Paris ist bei der OEEC ein Arbeitskreis dabei, die technischen Probleme zu prüfen, die sich für die EZU und die OEEC ergeben, falls ein Teil der Mitglieder eine solche Zollunion bildet, während in Brüssel die Sachverständigen der sechs „Gründerstaaten“ den Vertragstext für die Union in ihre letzte Form gießen sollen. Da beiden Gremien der belgische Baron Snoy vorsteht, ist für eine sicherlich vorteilhafte Personalunion gesorgt. In Paris freilich sind ganz andere Fragen als in Brüssel zu beantworten. Für die Experten der OEEC ist der Vertragsentwurf die Ausgangsbasis, von der ihre Prüfung ausgeht, ob und inwieweit ein lockerer Anschluß anderer Staaten mit der Zollunion durchführbar ist, wobei man voraussetzt, daß der Verrechnungsmechanismus der EZU und die Zusammenarbeit im Europäischen Wirtschaftsrat auf der breiteren Ebene der beteiligten siebzehn westeuropäischen Staaten bestehen bleibt.

Die bisherigen Verhandlungen in Brüssel und in Paris haben den Beteiligten einen Vorgeschmack von der Fülle der Probleme gegeben, die ihrer harzt, falls sie an ihren Plänen festhalten: Probleme, die die Konstruktion einer Freihandelszone aufwirft, und Probleme, die mit der Zollunion im Rahmen der sechs „Gründer“ verbunden sind. Die Zollunion verlangt die Beseitigung der Zollschränken zwischen den beteiligten Ländern und zugleich die Einführung eines gemeinsamen Tarifs gegenüber dritten Ländern. Im Verkehr der Länder, die sich einer Freihandelszone anschließen, fallen die Zollschränken weg, während gegenüber den Ländern, die nicht zur Freihandelszone gehören, die autonomen Zollsätze beibehalten werden. In einem solchen Falle wird man verhindern müssen, daß Erzeugnisse aus dritten Ländern über einen Staat mit niedrigem Zoll in einen anderen Staat mit höherem Zoll gelangen, weil doch innerhalb der

Freihandelszone keine Zollschranken mehr bestehen. Der politische Glaube allein wird die Berge wirtschaftlicher Probleme nicht versetzen. Wir tun gut daran, offenen Auges an die Arbeit zu gehen. Daß die Zollunion erstrebenswert ist, aus wirtschaftlichen wie aus politischen Gründen, daran kann es keinen Zweifel geben.

Dr. Kurt Richebächer